

THURGAUER FREISINN

Anpacken, umsetzen!

Unsere nächsten Anlässe:

7. Oktober
Mitgliederversammlung
«Gesundheit»

13. November
68. Herbsttagung



Die Unterschriftensammelaktion rund um die nationale Volksinitiative «zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» ist lanciert. Von links: Sibylle Moopanar, Gabriel Macedo, Kathrin Widmer Gubler, Cornelia Hasler-Roost, Rick Näf.

Geschätzte Freisinnige

Vor rund einem Jahr haben wir den Strategieprozess «Movimento» angestossen und damit unsere strategische Ausrichtung aktualisiert. Unsere Politik soll spürbarer sein – mit einem klar erkennbaren Profil – und sie soll Freude an der politischen Arbeit vermitteln. Gleichzeitig wollen wir für die anstehenden National- und Ständeratswahlen eine solide Basis schaffen.

Die Umsetzung hat begonnen. Erste Massnahmen haben wir bereits auf den Weg gebracht: Verschiedene Anpassungen in der Organisation vorgenommen, um effizienter zu werden, unser Kommunikationskonzept mit gezielten Kampagnen bis zu den Wahlen 2023 ergänzt und – damit wir bei Abstimmungen stärker auffallen – unsere Organisation der Plakatierung umgestellt. Zudem waren wir mit mehreren Unterschriftensammlungen und einer Bahnhofsaktion am längsten Tag des Jahres an mehreren Bahnhöfen im Kanton präsent und spürbar.

In der FDP Thurgau geht was: Wir sind auf gutem Wege und es macht Freude. Für all das braucht es aktive Mitglieder und aktive Ortsparteien. Ich bin vom Erfolg überzeugt – und ganz besonders davon, dass es unsere freisinnigen Lösungsansätze mehr denn je braucht. Deshalb mein Aufruf an Sie: Mobilisieren Sie Ihr Umfeld, engagieren Sie sich in der Orts-, Bezirks- oder Kantonalpartei und unterstützen Sie unsere Amtsträger in ihrem täglichen Einsatz für unsere Werte. Es wird sich lohnen!

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12/13 Ziele und Forderungen zu Altersvorsorge & Gesundheit
- 14/15 Petra Gössi blickt auf ihre Amtszeit zurück
- 16 Aus dem Archiv
- 17 Vorschau auf die Herbstsession
- 18 Damian Müller kämpft gegen die 99%-Initiative
- 19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 20 Innovative Unternehmen: Lehner Versand
- 21 Gastbeitrag von Arbela Statovci
- 22 Praktikanten-Blog von Philipp Gasser
- 23 Vermischtes



**Ja zur Individualbesteuerung:
Jetzt Initiative unterschreiben!**



Mit geeinten Kräften vorwärts

Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

Liebe Freisinnige

In den letzten Monaten haben mich zahlreiche Zuschriften zu meinem bevorstehenden Rücktritt als Parteipräsidentin erreicht. Ihre wohlwollenden Worte haben mich überwältigt und sehr berührt. Ich möchte Ihnen auf diesem Weg nochmals von ganzem Herzen danken für Ihren Zuspruch und Ihre Unterstützung. Nur dank Ihnen und Ihrem Einsatz zugunsten unserer Partei kann sich die FDP weiterhin für liberale Lösungen einsetzen.

Ihre Stimme zählt!

Es braucht heute wie morgen einen starken Freisinn, der unser Erfolgsmodell Schweiz und unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verteidigt und weiterentwickelt. Die bevorstehende Abstimmung zur 99%-Initiative ist ein erneuter Frontalangriff der Linken auf unseren Wohlstand. Mit einem Nein am 26. September können wir dafür sorgen, dieses drohende Unheil abzuwenden.

Liberalismus bedeutet für uns Freisinnige auch, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Am nächsten Abstimmungssonntag können wir mit einem Ja zur «Ehe für alle» einen wichtigen Schritt zugunsten der freien Lebensgestaltung machen. Mehr zu den beiden Abstimmungsvorlagen finden Sie auf den Seiten 8, 18 und 19.

Aufbruchstimmung in unserer Partei

Ihre Stimme zählt jedoch nicht nur bei den Volksabstimmungen, sondern auch innerhalb unserer Partei. Als Parteipräsidentin war es mir deshalb stets ein Anliegen, Sie direkt in die parteipolitischen Prozesse einzubinden. Es war eine Freude zu sehen, wie Sie sich bei den Mitgliederumfragen in den letzten zwei Jahren eingebracht und intensiv an der Basisarbeit beteiligt haben. Es zeigt, dass wir Freisinnigen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen «bottom-up» zu erarbeiten.

Deswegen macht mich auch das beherzte Engagement unserer Sektionen und Kantone stolz. Während die Jungfreisinnigen mit der Einreichung der Renteninitiative bereits einen historischen Meilenstein erreicht haben, sind die FDP Frauen mit der Initiative zur Individualbesteuerung auf bestem Weg dorthin.

Vielfalt als Chance nutzen

Es stimmt mich optimistisch und zuversichtlich, wie leidenschaftlich sich die Freisinnigen für liberale Lösungen engagieren. Dies erachte ich als Grundvoraussetzung für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes. Die Vielfalt und der Ideenwettbewerb sind der Motor für Innovation und Fortschritt. Im Rückblick auf meine Zeit als Parteipräsidentin (auf den Seiten 14 und 15) erachte ich denn auch den Kontakt mit den vielen Menschen und die Gespräche über liberale Ideen und Visionen als eine der schönsten Bereicherungen in diesem Amt.

Unsere Partei lebt von einer angeregten Diskussionskultur. Sie setzt die Impulse für die Erarbeitung von zukunfts- und mehrheitsfähigen Lösungen. Wir sind stark, wenn wir diese Energie zugunsten gemeinsamer Ziele bündeln. Lassen Sie uns diese Chance auch künftig gemeinsam anpacken und unsere liberale Zukunftsvision für die Schweiz umsetzen.

Nochmals ein herzliches Dankeschön und herzliche Grüsse

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Ramon Weber (rechts) und Mia Jenni diskutierten unter der Leitung von Philipp Gemperle.



Nein zur «99%-Initiative»

Nein zum Frontalangriff gegen die KMU

Unter der Leitung von Philipp Gemperle lieferten sich Mia Jenni, Geschäftsleitungsmittglied der JUSO Schweiz, und Ramon Weber, Präsident der Jungfreisinnigen Thurgau, an der hybriden Mitgliederversammlung in der Kantonsschule Romanshorn einen regen Schlagabtausch.

Das 2019 eingereichte Volksbegehren «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern (99%-Initiative)» der Jungsozialisten verlangt, dass Kapitaleinkommen wie etwa Zinsen und Dividenden eineinhalbmal so stark wie Arbeitseinkommen besteuert werden. «Die Initiative erschwert Nachfolgeregelungen massiv und ist eine Gefährdung für Substanz und Stabilität», befürchtet Ramon Weber. «Wir müssen den Anstieg der sozialen Ungleichheit in der Schweiz stoppen», hielt Mia Jenni dagegen. Verschiedene Redner sahen diese Initiative als frontalen Angriff gegen KMU-Betriebe und befürchteten schwerwiegende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Nein-Parole für die Steuerinitiative fiel mit 58:1 Stimmen sehr deutlich aus. Der frühere Kantonalpräsident Hans Weber sprach den Mitgliedern ins Gewissen und rief in Erinnerung: «Verschiedene Meinungen tun uns gut – auch bei Parolenfassungen. Jedoch sollten wir nach getroffenen Mehrheitsentscheiden loyaler auftreten.»

Matthias Kradolfer erklärte worum es bei der Vorlage «Ehe für alle» geht.



Ja zur «Ehe für alle»

Liebe ist liberal

Oberrichter Matthias Kradolfer stellte die Abstimmungsvorlage «Ehe für alle» in der Auto Lang AG in Kreuzlingen vor und führte noch einmal einige Stationen in der Chronologie eines seit über zwei Jahrzehnten aktuellen Themas vor Augen.

Pro-Referentin Doris Fiala rief in Erinnerung: «Kern des Liberalismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Und dies gilt auch im Privatleben und erst recht, wenn zwei Menschen, die sich lieben, Verantwortung füreinander übernehmen.» Dieser Auffassung konnte Kontra-Redner Marcel Wittwer nichts abgewinnen. Der Vizepräsident der EDU Thurgau sieht in der Vorlage einen Verfassungsbruch und in einer Annahme der Vorlage gar die Gefährdung des Kindeswohls. Die Mitglieder der FDP Thurgau nahmen sich zu Herzen, was Doris Fiala zuvor aus vollem Herzen empfahl. Sie beschlossen mit 48 zu 8 Stimmen (bei vier Enthaltungen) die Ja-Parole.

Nächste Parolenfassungen

Am 7. Oktober 2021 fassen wir in der Klinik St. Katharinental Diessenhofen die Parolen für die Vorlagen vom 28. November 2021 (Pflegethemen, Justizinitiative und Covid-19-Gesetz).

Text: Marie-Theres Brühwiler, Bilder: Ruedi Hohl

Thurgau • Stark aus dem Wandel

Eine engagierte Diskussionsrunde (von links): Rolf Huber, Gründer H2 Energy, Professorin Maïke Scherrer (FDP AachThurland, Moderatorin), Doris Fiala (Nationalrätin FDP ZH), Steffen Baumann, Mercedes-Benz Schweiz AG.



In Möglichkeiten, statt in Risiken denken

Kantonale Mitgliederversammlung in der Auto Lang AG

«Weltmarktführerschaft dank Unternehmertum – stark aus dem Wandel mit neuer Technologie». Wie das gelingt, erfuhren die rund 70 Anwesenden an der kantonalen Mitgliederversammlung in der Auto Lang AG in Kreuzlingen von Rolf Huber, Gründer von H2 Energy, und Steffen Baumann, Geschäftsleitungsmitglied der Mercedes-Benz Schweiz AG. Nationalrätin Doris Fiala sieht in mutigen Pionieren wichtige Pfeiler für eine verbesserte Ökobilanz.

Der Aufbau der Wasserstoffmobilität in der Schweiz ging vor zehn Jahren aus einer rein privatwirtschaftlichen Initiative hervor. «Unternehmertum ist schneller, stärker, nachhaltiger und effizienter als staatliche Intervention», machte Rolf Huber, Gründer von H2 Energy, an der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der FDP Thurgau in der Auto Lang AG in Kreuzlingen klar. Der Pionier ist überzeugt: «Ohne Wasserstoff ist die Energiewende gar nicht möglich.»

Die Schweiz ist führend

Heute sei die Schweiz das erste und einzige Land mit einer serienproduzierten H2-LKW-Flotte, erklärte Rolf Huber. In der von Maïke Scherrer moderierten Diskussionsrunde verriet der Vorreiter in der Wasserstofftechnologie dann auch wie es dazu kam. «Es braucht Mut, aus dem Wandel Chancen zu erkennen und neu zu denken.» Ein guter Plan, eine relevante Forschungsunterstützung, die Herstellung und Versorgung von grünem Wasserstoff durch Hydrosponder, die Integration in bestehende Tankstellen und schliesslich die Übergabe der ersten Wasserstofftrucks an sieben unterschiedliche Kunden waren wichtige Meilensteine.

In Möglichkeiten statt in Risiken denken

Nationalrätin Doris Fiala, die in Bundesbern die parlamentarische Gruppe «Wasserstoff» gegründet hat, ist überzeugt: «Wasserstoff erfüllt die Bedingungen für eine liberale Umweltpolitik.» Weil sie einerseits von privater Seite und nicht vom Staat aufgebaut sei. Andererseits aber auch weil die Gesamtköbilanz stimme und die H2-Mobilität nach dem Verursacherprinzip funktioniere. Die engagierte Nationalrätin wünscht sich wie Rolf Huber mehr Menschen und Politisierende, die in Möglichkeiten und weniger in Risiken denken.

Transformation aus bestehenden Strukturen

«Wir haben die Weichen für ein vollelektrisches Zeitalter gestellt», machte Steffen Baumann, Geschäftsleitungsmitglied der Mercedes-Benz Schweiz AG, deutlich. «Die Transformation zur Elektromobilität ist gesellschaftlich und politisch gewollt. Und wir Hersteller tragen dies zu 100 Prozent mit.» Die zum vierten Mal in Folge als Nummer eins im Premium-Segment ausgezeichnete Marke wird dafür in den nächsten Jahren enorme Summen in Entwicklung, Produktion und in das Personal investieren. «Attraktive und erschwing-



Gabriel Macedo (Parteipräsident), Steffen Baumann (Mercedes-Benz Schweiz AG) und Gastgeber Adrian Rüedi (Auto Lang AG).

liche Fahrzeuge sind bereits auf dem Markt.» Die Ladeinfrastruktur müsse in der Schweiz jedoch ausgebaut werden. «Hier sind alle Stakeholder in der Verantwortung», redete Steffen Baumann Klartext.

Text: Marie-Theres Brühwiler

Bilder: Ruedi Hohl

Paradebeispiel für den Einsatz von erneuerbarer Energie: Neubau Haustechnik Eugster AG.



Der Kanton Thurgau braucht eine Strategie

FDP-Fraktion – aktiv – 2. Folge

Ein starker Werkplatz Thurgau, der Arbeitsplätze und Perspektiven schafft – mit attraktiven Rahmenbedingungen für bestehende und neue Unternehmen sowie einer gesunden, enkeltauglichen, familien- und wirtschaftsfreundlichen Steuer- und Generationenpolitik. Wir stellen erfolgreiche Vorstösse unserer Fraktionsmitglieder vor und fragen nach den Hintergründen.

Folge 2: Beat Pretali

Beat Pretali, die von dir eingereichte Interpellation «Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie im Thurgau» ist von sage und schreibe 100 Grossratsmitgliedern unterschrieben worden. Die Energiebeschaffung aus erneuerbaren Quellen benötigt eine Strategie. Damit der Kanton Thurgau und seine Wirtschaft den CO₂-Abdruck mit erneuerbarer Energie auch bei erhöhter Nachfrage zu möglichst stabilen Konditionen gewährleisten können, sollten jetzt die Voraussetzungen geprüft und allfällige Massnahmen getroffen werden. Die Diskussionen müssen jetzt beginnen.

Wie hoch ist eigentlich im Thurgau der Anteil erneuerbarer Energie? Erneuerbare Energie aus dem Thurgau beträgt derzeit 14.5 Prozent. 80% davon stammen aus der Nutzung von Wärme und Abwärme, nur 20% ist Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen.

Wer ist für die Energieversorgung zuständig? Gemäss Energiegesetz des Bundes ist es Sache der Energiewirtschaft. Bund und Kantone sorgen für

die Rahmenbedingungen, welche erforderlich sind, damit die Energiewirtschaft diese Aufgabe im Gesamtinteresse optimal erfüllen kann.

Weshalb sind Diskussionen jetzt wichtig? Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum ist das optimale Zusammenspiel von Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, gesellschaftlichem Engagement und Politik. Zu berücksichtigen ist auch, das Ausland hat eine ähnliche Thematik zur Beschaffung von erneuerbarer Energie. Es ist absehbar, dass in naher Zukunft eine Verknappung von erneuerbarer Energie bei gleichzeitig erhöhter Nachfrage droht.

Wie stark wird der Thurgau betroffen sein? Im Thurgau ist man sich gewohnt, im Energiebereich von der restlichen Schweiz oder gar vom Ausland abhängig zu sein. Zudem ist die Energieversorgung mit Strom und Gas bei uns kleinräumig organisiert. Die Beschaffung erfolgt an den Energiebörsen. Der Blick auf die Energiemärkte offenbart jedoch Veränderungen. Grosse Unternehmen und Städte verringern ihren ökologischen Fussabdruck, indem sie langfristige Vereinbarungen, sogenannte PPAs (Power Purchase Agreements), eingehen und



Beat Pretali.

sich damit Bezugsrechte direkt bei den Anlagebesitzern sichern. Für die vorwiegend im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden stehenden Versorgungsbetriebe ist es natürlich schwierig, ausserhalb des Gemeindegebietes strategische Investitionen in Produktionskapazitäten für erneuerbare Energie zu tätigen. Deshalb muss man jetzt diskutieren, mit welcher Strategie man im Thurgau eine Mangellage in der Versorgung mit erneuerbarer Energie verhindern will. Unsere Interpellation gibt den Anstoss dazu.

Wem möchtest du die nächste Folge unserer Serie überlassen? Die von Viktor Gschwend in einer Einfachen Anfrage thematisierte «niederschwellige Berufsbildung» spricht mir aus dem Herzen. In unserer hochanspruchsvollen Gesellschaft sind alle von Bedeutung und wichtig, die bereit sind, eine gute Arbeit zu leisten.

Interview: Marie-Theres Brühwiler

Mehr dazu im «Freisinn» 4/2021.

Vorstösse der letzten Monate von oder mit FDP-Fraktionsmitgliedern als Erstunterzeichnende

Motion von **Martina Pfiffner Müller** und weiteren «Einrichtung eines kantonalen Fonds für Innovation und Fortschritt»

Motion «Finanzierung Entsorgung tierischer Nebenprodukte» mit Erstunterzeichner **Max Vögeli**

Einfache Anfrage von **Gabriel Macedo** «Zeitgemäss digitale Instrumente für unsere demokratischen Rechte»

Motion «Bäume verbessern das Siedungsklima» mit Erstunterzeichner **Anders Stokholm**

Motion von **Kristiane Vietze** und weiteren «Doppelbesteuerung von Liegenschaften abschaffen»

Arbeiten muss sich auszahlen

Mit der Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung («Steuergerechtigkeits-Initiative») soll die Bundesverfassung wie folgt geändert werden: «Natürliche Personen werden unabhängig von ihrem Zivilstand besteuert.» Die nationale Unterschriftensammelaktion dauert bis im September 2022. Das Thurgauer Komitee wird in den kommenden Monaten unter Leitung der Hauptwilerin Sibylle Moopanar, mit den Bezirksverantwortli-

chen Silke Sutter Heer (Bezirk Arbon), Kathrin Widmer Gubler (Bezirk Frauenfeld), Ana Brändli (Bezirk Kreuzlingen), Cornelia Hasler-Roost (Bezirk Münchwilen) und Rick Näf (Bezirk Weinfelden) verschiedene Aktionen durchführen und auf den Strassen aktiv auf die Thurgauer Bevölkerung zugehen. Die eidgenössische Volksinitiative wurde von den FDP Frauen Schweiz im Jubiläumsjahr «50 Jahre Frauenstimmrecht» lanciert.

«Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat»

Von Kadavern und Innovation

Unterschriftenzahlen offenbaren Tiefgründiges. Auch im Thurgauer Grossen Rat. Die Motion «Finanzierung Entsorgung tierischer Nebenprodukte» vereint 84 Unterzeichnende hinter sich, die Motion «Einrichtung eines kantonalen Fonds für Innovation und Fortschritt» deren 31.

Der unterschiedliche Stellenwert im Thurgau von Innovation und Fortschritt auf der einen, Kadavern auf der anderen Seite ist offensichtlich. Eine neue Strategie muss her, wenn wir Liberalen dem Fortschritt zum Durchbruch verhelfen wollen. Klassisches Vorgehen: Kombination der Anliegen. Über unsere guten internen Kanäle zum Regierungsrat und zur kantonalen Verwaltung können wir veranlassen, dass die Beantwortung der beiden Motionen zusammengelegt wird. Grosszügig postulieren wir also schon mal eine Einheit der Materie: Beides sind Motionen, in beiden geht's um Geld, beide wurden von Mitgliedern mehrerer Parteien lanciert. Durschlagender Erfolg ist dem Regierungsrat beschieden, wenn er die Motionen im grösstmöglichen gemeinsamen Nenner vereint. Das wäre dann eine vom Kanton allein zu finanzierende fortschrittliche, innovative Transportform von Tierkadavern von den Tierkörpersammelstellen nach Bazenhaid als Thurgauer Ableger von Cargo Sous Terrain CST ...



Anders Stokholm



«Es muss unser Ziel sein, mehr erwerbstätige Frauen zu höheren Teilzeit- oder Vollzeitpensen im Arbeitsmarkt zu haben.»

Cornelia Hasler-Roost
Kantonsrätin, Projektleiterin, Aadorf



«Zusätzliche Erwerbstätige entlasten die angespannte Fachkräftesituation, entlasten die Sozialversicherungen und verbessern die finanzielle Absicherung im Alter.»

Kathrin Widmer Gubler
Unternehmerin und Rechtsanwältin, Frauenfeld



«Das derzeit aktuelle Steuersystem ist absolut untypisch für das Innovations- und Wirtschaftsland Schweiz.»

Gabriel Macedo
Kantonsrat, Parteipräsident



«Die zivilstandsbedingten Ungleichheiten müssen endlich beseitigt werden.»

Sibylle Moopanar
Primarlehrerin/Militärlehrerin, Wilen-Gottshaus



«Frauen wie Männer verlieren bei uns derzeit mit der Heirat ihre steuerliche Unabhängigkeit.»

Rick Näf
Finanzberater, Donzhausen



Jetzt wird umgesetzt!

Sichtbarer, spürbarer, bürgernaher

Hochmotiviert trafen sich die Ortsparteipräsidentinnen und -präsidenten in der Murex AG in Wängi zum jährlich traditionellen Austausch. Im Fokus: anpacken und umsetzen, klarer und sichtbarer werden.

Die Ortsparteien haben eine grosse Bedeutung. Denn Politik wird vor Ort gemacht. Sie müssen gestärkt werden und vermehrt voneinander profitieren können. Die Mitglieder des Parteileitungsausschusses erläuterten ihre nach dem Projekt «Movimento» neu verteilten Aufgaben und Ziele. Herzlichen Dank an Gastgeber Ivo Schmid, Inhaber Murex AG und Präsident der Ortspartei Wängi.

FDP unterwegs

Den Sommeranfang haben wir genutzt, um allen Pendlerinnen und Pendlern an den grössten Thurgauer Bahnhöfen einen schönen längsten Tag zu wünschen. Die sympathische bürgernahe Aktion kam wie schon im letzten Jahr sehr gut an.

Liberale Sommer-tipps mit Augen-zwinkern

Die Parteileitung hatte sich im Rahmen von «Movimento» entschieden, ihren Auftritt und die Kommunikation etwas aufzufrischen. Mit sieben Posts wandten wir uns über die Sommerferienzeit an die Thurgauer Wählerinnen und Wähler. Die Posts richteten sich mit sommerlich-leicht, humorvoll gemeinten Aussagen in freundschaftlicher «Rivalität» an die Fraktionsparteien des Grossen Rats und mit abschliessendem Dank an die Bevölkerung. Dies als Einstimmung auf unsere Kampagne, mit der wir in Kürze unser Profil schärfen und neue Imagefilme lancieren werden.



Gemeinsam Boote bauen – Aufruf an die Mitglieder

Wir wollen euch Mitglieder nicht aufs Boot holen – wir möchten mit euch gemeinsam Boote bauen! Lasst uns zusammen unsere Zukunft gestalten!

Wir suchen motivierte Mitglieder

- für unsere Fachgruppen in den Themenbereichen: Wirtschaft und Arbeit, Steuern und Finanzen; Gesundheit, Gesellschaft, Familie, Soziales; Bildung, Kultur und Sport; Staatsstruktur und Verwaltung, Sicherheit; Umwelt und Lebensraum, Mobilität, Energie. Die Fachgruppen treffen sich sporadisch zu einzelnen Themen.
- die bereit sind, in der Planung und Organisation von grösseren Anlässen im Team mitzuwirken.

Meldet euch auf der Geschäftsstelle: 071 672 17 20, info@fdp-tg.ch.

Herzlichen Dank!



Claudio Bernold in Action.

Claudio Bernold setzt in Beruf, Politik und Freizeit auf ein starkes Team. Der eidgenössisch diplomierte Turn- und Sportlehrer ist Schulleiter, Vizepräsident der Schweizer Fussball-Schiedsrichterkommission, OK-Mitglied Tour de Suisse HUB Frauenfeld und leitet in diesem Jahr den Gemeinderat Frauenfeld. Seine Schiedsrichterkarriere startete der 51-Jährige bereits im Alter von 16 Jahren.

Verantwortung übernehmen, für Entscheidungen geradestehen und Druck aushalten: Diese Werte hat Claudio Bernold – hervorragend – auf dem Fussballplatz als aktiver Schiedsrichter gelernt. Doch als 16-Jähriger waren dies nicht die Hauptgründe für seine Begeisterung an der neuen, aufwändigen Freizeitbeschäftigung. «Die Aussicht auf zusätzliches Sackgeld kam mir als Kantischüler sehr gelegen. Ausserdem habe ich meine Grenzen als Fussballer realistisch eingeschätzt – und war heiss auf eine Karriere in höheren Ligen», blickt der 51-Jährige schmunzelnd zurück. Mit Ehrgeiz und Leidenschaft brachte es der eidgenössisch diplomierte Turn- und Sportlehrer als Fussball-Schiedsrichter bis in die Challenge League. Diese Stufe erreichen schweizweit nur 15 von insgesamt 5'000 Aktiven. Dass er es so weit gebracht hatte, kam nicht von ungefähr. Akribisch und selbstkritisch reflektierte Claudio Bernold jeden seiner Einsätze. «Fand ich mich nicht gut genug oder waren Entscheide eventuell nicht korrekt, schlief ich schlecht», erinnert er sich.

Als Team zum Erfolg

Seine langjährigen und sehr breiten Erfahrungen gibt er heute gerne weiter. Claudio Bernold bildet den Schiedsrichternachwuchs aus, wirkt als Instruktor, Coach und Observer in der Swiss Football League. Als Bereichschef «Amateur und Entwicklung» und als Vizepräsident der Schweizer Fussball-Schiedsrichterkommission SFV setzt er genauso auf starke Teams wie in seinem Beruf als Schulleiter auf Sekundarschulstufe. Mit Sozialkompetenz und Weitsicht gemeinsam weiterkommen und etwas erreichen, ist Claudio Bernold wichtig. «Auch Superstar Lionel Messi braucht eine Mannschaft.» Getreu diesem Kredo setzt er auch als Präsident des Gemeinderates Frauenfeld auf Offenheit, Gesprächs- und Kompromissbereitschaft. «Gute Pläne und Ideen lassen sich so am besten umsetzen», ist er überzeugt. Wo immer der höchste Frauenfelder gerade wirkt. Claudio Bernold macht es mit Begeisterung: im Beruf, in der Politik, in der Freizeit.

Marie-Theres Brühwiler

Genuss und Geselligkeit an der Herbsttagung

Ganz herzlich laden wir Sie am Samstag, 13. November, ab 17 Uhr, zur 68. Herbsttagung in die Macardo SWISS DISTILLERY nach Amlikon Bissegg ein. Wir stossen im innovativsten Fasslager der Welt an, erfahren von Unternehmer Andy Boessow, weshalb der beste Whisky aus dem Thurgau kommt, hören auf originelle Weise, wie unser Kanton mit einem Luxusproblem kaum fertig wird, geniessen ein wunderbares Nachtessen in einer aussergewöhnlichen Umgebung und tauschen uns in entspannter Atmosphäre aus. Schon jetzt danken wir unseren langjährigen Organisatoren Maja und Bruno Lüscher. Die Einladung folgt per Mail.





145 000 Unterschriften für sichere, faire Renten!

Ja, wir können mobilisieren

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen wurde am 16. Juli 2021 erfolgreich in Bern eingereicht! Sie reformiert die AHV nachhaltig, weil sie u.a. das Kostenwachstum entsprechend der demografischen Entwicklung fairer auf alle Generationen verteilt.

«Drastische Veränderungen»

«Die Rahmenbedingungen der AHV haben sich drastisch verändert: Während 1948 auf 44 Erwerbsjahre 12,5 Bezugsjahre folgten, sind es heute rund 22. Während heute rund 3,5 Erwerbstätige die Rente einer Person finanzieren, werden es 2050 nur noch zwei Erwerbstätige sein.

Rahmenbedingungen werden angepasst

Mit der Renteninitiative wird die AHV strukturell saniert. In einem ersten Schritt wird das Rentenalter für beide Geschlechter auf 66 Jahre erhöht. Die Erhöhung wird per 2032 erfolgt sein. Danach wird das Rentenalter an die Lebenserwartung gekoppelt: Leben wir länger, erhöht sich automatisch das Rentenalter in kleinen Schritten.

Abstimmung vom 26. September

Unsere Parolen

Die NEIN-Parole zur «99%-Initiative» der Juso beschlossen die Jungfreisinnigen Thurgau einstimmig an ihrer Mitgliederversammlung vom 29. Juli. Die Kampagne und Argumente der JUSO entsprechen altbekannter Klassenkampf-Rhetorik: «Die Reichen bezahlen und alle anderen profitieren». Doch das ist zu einfach gedacht. Ein sinkender Kapitalstock bedeutet auch ein Sinken der Arbeitsproduktivität und Löhne. Die «99%-Initiative» ist weder durchdacht, noch konstruktiv, sondern populistisch, extrem schädlich für die Wirtschaft, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Ein Ja zur «Ehe für alle» sagen die Jungfreisinnigen Thurgau einstimmig. Homo- und Bisexualität sind in der Schweiz gesellschaftlich bereits weitgehend anerkannt. Die «Ehe für alle» beseitigt endlich eine elementare Diskriminierung im Gesetz. Die Möglichkeit zur eingetragenen Partnerschaft besteht zwar, doch fehlen dieser wichtige und für ein intaktes Familienleben essenzielle Rechte. So kommt es im Scheidungsrecht anders als bei verheirateten Paaren zu keinem Zugewinnausgleich, die Vermögen bleiben getrennt.

Aus dem Vorstand

Céline Scherrer neu im Vorstand



An der gestrigen Mitgliederversammlung wählten die Jungfreisinnigen Thurgau Céline Scherrer aus Pfyn neu ins Ressort Finanzen. Bis anhin war Dominik Gabriel für dieses Ressort verantwortlich. Er nutzt die Freiheit nun für ein Auslandjahr in Peru.

Beruflich ist Céline Scherrer im Bereich Produktvermarktung tätig und startet im September ein Teilzeitstudium in Wirtschaftsrecht an der ZHAW. Bei den Jungfreisinnigen TG wirkte sie bereits in diversen Kampagnen mit, fungiert als Delegierte bei den Jungfreisinnigen Schweiz, ist aktiver Teil des Social-Media-Teams, wiederbelebte den Youtube-Kanal und erarbeitete ein Konzept zur Umsetzung spannender Interview-Videos zu diversen Themen mit Fachexperten.

Enrique Castelar

OP Kreuzlingen

Alternativprojekt auf der Festwiese

«Stadthaus und Festwiese» sind Thema Nummer eins für die FDP Kreuzlingen. Ein weiteres Herzensprojekt: das Kulturzentrum Schiesser. – Die Unterstützung des städtischen Kulturzentrums ist Parole!

Die FDP unterstützt den Stadtrat ausdrücklich, die Entscheidung vom Mai 2021 fortzuführen, wonach bestehende städtische Liegenschaften der Verwaltung saniert und – nach Bedarf – er-

weitert werden. Bei dem immensen Bedarf an Parkflächen braucht es zudem ein neues Parkhaus mit Verbindung zum ÖV.

Die FDP Kreuzlingen will, treu ihrem Parteilosung «Gemeinsinn», vielseitige Kulturangebote für alle in einer eigenen Lokalität schaffen – als Mehrwert und Lebenswert von Kreuzlingen. Deshalb ein «Ja» zum Kulturzentrum im Schiesser.

OP Aadorf

Wie weiter mit Europa?

Auf dem Gemeindeplatz in Aadorf stellten FDP Aadorf und FDP Elgg die aktuell brennende Frage: «Wie weiter mit Europa?» gut 50 Gästen zur Diskussion. Gastredner, FDP-Nationalrat Hanspeter Portmann, wies auf die Wichtigkeit der Beziehung zwischen EU und Schweiz hin. Dabei bezog er klar Stellung gegen einen EU-Beitritt der Schweiz.

«Bereits heute übernimmt die Schweiz automatisch neues EU-Recht.» Die Mechanismen der EU-Gesetzesübernahme erlebt Nationalrat Portmann als Mitglied der Parlamentarischen Gruppe Schweiz-EU: «Täglich werden im Nationalrat neue EU-Gesetze und Standards übernommen. Wenn

nicht, hätte dies oft indirekte und negative Effekte auf die Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten Handelspartner.»

Nach Hanspeter Portmann ist die EU-Frage keine Souveränitäts-, sondern eine Kooperationsfrage. «Wir müssen bereit sein, mit den gleichen Spielregeln zu spielen, oder die EU wird unsere Interessen schlicht ignorieren.» Konkret bedeutet das: «Wir müssen die Bilateralen auf dem einen oder anderen Weg aufwerten. Als einzelne Verträge oder als Gesamtpaket!» Engagierte, spannende Diskussionen mit höchst unterschiedlichen Meinungen beendeten – an einem warmen Sommerabend bei offeriertem Bier samt Wurst – diesen interessanten Event über unser künftiges Verhältnis zur EU.

OP Rickenbach-Wilen

Diskussionen angestossen

Die FDP Rickenbach-Wilen lanciert die Diskussion über einen Gemeindegemeinschaft von Rickenbach und Wilen. In vielen Bereichen (Schulen, Kirchgemeinden, Vereinen) und Grossprojekten wird heute schon gemeinsam gearbeitet, werden Räume gemeinsam genutzt.

Eine Gemeindefusion funktioniert nur, wenn handelnde Personen und Bürger mitziehen. Die FDP Rickenbach-Wilen möchte deshalb ein breit abgestütztes Bürgerkomitee gründen mit dem Ziel: in beiden Gemeindeversammlungen einen Auftrag an die Behörden einzubringen, ein gemeinsames Projektteam zu bilden, das einen Fusionsvorschlag erarbeitet und später in beiden Gemeinden zur Abstimmung bringt.

OP Amriswil

Neues Vorstandsmitglied

An der Hauptversammlung der FDP Amriswil im Wasserschloss Hagenwil wurde Sascha Angehrn neu in den Vorstand gewählt. Präsident, Vorstand, Revisoren wurden mit Applaus im Amt bestätigt.

OP Bischofszell und Umgebung

Willkommen und Abschied

Ordentliche Traktanden und kommunale, kantonale und nationale Partei-Themen wurden angeregt diskutiert und resümiert. Unterschiedliche Meinungen dabei zeichnen unser politisches System aus, das dergleichen in der ganzen Welt sucht. Im Zentrum standen personelle Veränderungen.

Heidi Grau, langjährige Gemeindepräsidentin von Zihlschlacht-Sitterdorf, Grossrätin und 2017 Grossratspräsidentin, wird gebührend aus ihren Ämtern verabschiedet und ihr beispielloses Engagement herzlich verdankt. Alle wünschen ihr und ihrem Gatten Peter einen guten

Start in einen gesunden und aufregenden Ruhestand.

Christian Hinterberger, Heidi Graus Nachfolger als Gemeindepräsident von Zihlschlacht-Sitterdorf, wird herzlich begrüsst mit vielen Glückwünschen für einen guten Start in seine erste Legislatur.

René Landenberger gibt sein Amt nach zehnjähriger Präsidentschaft in die jüngeren Hände von **Sibylle Moopanar** aus Wilen-Gottshaus, einer aufstrebenden, motivierten Jungpolitikerin. Wir wünschen Sibylle viel Freude und Befriedigung im neuen Amt.



Wir gratulieren



Grossratspräsidentin Brigitte Kaufmann

Mit einem Glanzresultat ist Brigitte Kaufmann vom Grossen Rat als höchste Thurgauerin gewählt worden. Die Grossratswahlfeier findet am Mittwoch, 15. September, in Uttwil statt.



Sibylle Moopanar

Ende Oktober wird Sibylle Moopanar mit 245 weiteren Gewählten an der zweiten eidgenössischen Frauensession im Nationalratssaal in Bern teilnehmen. Über 1400 Frauen hatten sich für einen Sitz beworben. Die Mitglieder der Ortspartei Bischofszell und Umgebung haben Sibylle Moopanar ausserdem zur neuen Präsidentin gewählt.



Gerda und René Imesch

Gerda und René Imesch setzen sich seit vielen Jahren für das Gemeinwohl ein. 2007 gründeten sie den Gönnerverein See-Burgtheater Kreuzlingen. Der Stadtrat Kreuzlingen (im Bild Thomas Niederberger) verlieh ihnen deshalb kürzlich den Prix Kreuzlingen.

BP Arbon

Die höchste Thurgauerin hat Humor

Höchst unterhaltsam bot Brigitte Kaufmann im Wasserschloss Hagenwil Einblick in ihre vielseitige Aufgabe als Grossratspräsidentin.

Brigitte Kaufmann gewährte auf Einladung von Bezirkspräsident Philipp Gemperle einen Blick hinter die Kulissen und plauderte aus dem Nähkästchen. Passend dazu erklärte sie anhand farbiger Fadenspuhlen die verschiedenen Rollen der Akteure im Thurgauer Parlament. Nach den humorvollen Ausführungen der Uttwilerin genossen die die FDP-Mitglieder den persönlichen Austausch. Die ordentlichen Jahresgeschäfte mit der Neuwahl von Rebecca D'Antuono als Kassierin hatten die Mitglieder bereits vor den Sommerferien auf dem digitalen Weg abgehandelt.



OP Sirnach

Gegen einen Prestigebau

Schulsport, Vereinsaktivitäten und die Durchführung von Anlässen – in der neuen Dreifachturnhalle, wünschen sich die Sirnacher Freisinnigen. Nur ist das mit rund 16 Millionen Franken projektierte Vorhaben in ihren Augen zu teuer und erfüllt nicht die Anforderungen. Im September 2021 soll es dem Stimmvolk an der Urne vorgelegt werden.

Die FDP will, dass die Bevölkerung transparent über das vom Gemeinderat vorgelegte Projekt informiert wird. Die Stimmberechtigten müssen wissen, weshalb die geplante Dreifachturnhalle mit der rundumverglasten Fassade mindestens vier Millionen Franken teurer ist als vergleichbare, kürzlich



realisierte Projekte mit deutlich mehr Nutzungsmöglichkeiten.» Am Stamm der FDP Sirnach war man sich einig: «Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam praktikable Lösungen finden. Sirnach braucht kein Denkmal, sondern eine vielseitig nutzbare Dreifachturnhalle, die allen nützt.»

Anzeige



FLEISCHMANN
IMMOBILIEN



Für Immobilien: Fleischmann

Wollen Sie schnell und sicher Ihr Haus, Ihre Wohnung verkaufen? Unsere professionellen Liegenschaftsexperten beraten Sie gerne.

Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

Fleischmann Immobilien AG
Telefon 071 626 51 51 info@fleischmann.ch www.fleischmann.ch

Es herrscht Handlungsbedarf

Enkeltaugliche Lösungen für Altersvorsorge und Gesundheit

Im Nachgang zur grossangelegten Mitgliederbefragung hat die FDP Ziele und Forderungen für die Themenbereiche Altersvorsorge & Gesundheit erarbeitet. Die Positionen zeigen auf, was es braucht, damit künftige Generationen von gesicherten Renten und einem leistungsfähigen Gesundheitswesen profitieren können.

Die Themen Altersvorsorge und Gesundheit nehmen in Sorgenbarometern der Schweizerinnen und Schweizer regelmässig Spitzenplätze ein. Auch die Mitgliederbefragung, die die FDP im letzten Jahr durchführte, befasste sich mit diesen Themenbereichen. Die zahlreichen Inputs wurden aufgenommen und in Arbeitsgruppen diskutiert. Als erstes Resultat veröffentlichte die FDP diesen Sommer eine Broschüre mit Zielen und Forderungen. Damit zeigen wir auf, wie auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von gesicherten Sozialwerken und einem hochwertigen Gesundheitswesen profitieren können. Das Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge ist weltweit einzigartig und eine grosse Errungenschaft der Schweiz. Allerdings hat die Altersvorsorge unbestritten Reformbedarf.



Ziele der FDP

- › Flexibles Vorsorgesystem: Starre Systeme gehören der Vergangenheit an.
- › Die Nachhaltigkeit der Finanzierung muss im Zentrum stehen. Bei der Anlagepolitik in der Altersvorsorge werden auch ökologische Nachhaltigkeitsaspekte beachtet.
- › Schrittweise Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt in der beruflichen Vorsorge. Für Junge soll dies ab Eintritt stattfinden.
- › Ausgewogenheit: Die Arbeit darf nicht übermässig verteuert werden. Es braucht ausgewogene Massnahmen auf der Beitrags- und der Leistungsseite. Soziale Nachhaltigkeit erfordert insbesondere auch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Mittelfristige Forderungen

- › Erhöhung des Rentenalters auf 66 und schrittweise Anpassung an die Lebenserwartung. Es wird auf die verschiedenen Arbeitsrealitäten in der 1. und 2. Säule Rücksicht genommen.
- › BVG: Liechtensteiner Modell als möglicher Weg, mit keinem politisch beeinflussbaren Mindestumwandlungssatz oder Mindestzins, dafür einem Auftrag an die Vorsorgeeinrichtungen, prioritär für die Erreichung des verfassungsmässigen Ziels zu sorgen. Die Politik legt das Ziel fest, die Sozialpartner sind für die Umsetzung verantwortlich.
- › Freie Wahl der Pensionskasse, unter Einbezug des Arbeitgebers. Der Versicherte darf verstärkt – nämlich nicht nur über die Stiftungsräte seiner Pensionskasse, sondern auch als Einzelperson – bei der Anlagepolitik mitreden. Er ist zum Sparen gezwungen und sollte somit auch mitentscheiden können.
- › Abschaffung des Koordinationsabzugs in der beruflichen Vorsorge zwecks Verbesserung der Vorsorge von Teilzeiterwerbstätigen, insbesondere Frauen.
- › Einheitliche Beitragssätze für alle Generationen, um die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmenden nicht zu untergraben. Harmonisierung der Zugangsbedingungen zu BVG und AHV.
- › Keine neuen Umverteilungsinstrumente zulasten der Jungen.
- › Neue Wege für die 3. Säule: Im Zentrum sollen dabei nicht nur Steuervorteile stehen.

Langfristige Forderung

- › Einführung einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge, als Antwort auf die Sorgen der Frauen bzgl. Absicherung und als Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Das Rentensystem muss sich an der Geschlechtergleichheit und der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensformen ausrichten. Die Gesundheitsversorgung ist in der Schweiz von sehr hoher Qualität. Das hat die Corona-Krise deutlich gezeigt. Es ist die Aufgabe unserer Generation, dafür zu sorgen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von denselben – im internationalen Vergleich führenden – Qualitätsstandards im Gesundheitswesen profitieren können. Ziele der FDP
- › Weg von der Kostenperspektive hin zu einer Preis-Leistungs-Diskussion. Dazu braucht es den Erhalt der Wahlfreiheiten bzgl. Leistungserbringer und Versicherer sowie mehr nutzenorientierten Wettbewerb dank mehr Qualitätstransparenz.
- › Bekämpfung der Nationalisierungstendenzen im Gesundheitswesen. Das föderale System im Gesundheitswesen wird unterstützt und gestärkt. Die bei der Einführung des KVG 1996 vorgesehenen Wettbewerbs Elemente müssen beibehalten bzw. wiederhergestellt werden.
- › Verstärkung der überregionalen Zusammenarbeit von Spitälern. Zentralisierung nur dort, wo dadurch die Qualität verbessert werden kann. Überangebote werden abgebaut.
- › Förderung der individuellen Verantwortung für Gesundheit und Gesundheitsvorsorge.

Mittelfristige Forderungen

- › Die den Tarifpartnern gewährte Freiheit muss erhalten bleiben, um Innovationen zu fördern. Keine Stärkung der Macht der Verwaltung. Anstatt die ambulante und stationäre medizinische Versorgung immer detaillierter zu planen, soll sich der Staat auf Massnahmen beschränken, welche die Versorgungssicherheit dort gewährleistet, wo der regulierte Wettbewerb gemäss KVG diese nicht sicherstellt.
- › Stärkung der Transparenz: Der Arzt muss über die Kosten informieren. Es braucht verlässliche Qualitätsindikatoren für die Leistungen.
- › Spitalplanung überdenken und Synergien zwischen öffentlichem und privatem Sektor besser nutzen. Die kantonale Logik verlassen, um auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten. Wettbewerb zwischen Spitälern auf Basis einheitlicher Qualitätskriterien, deren effektive Einhaltung kontrolliert wird. Eine Strukturhaltung über kantonale Subventionen («gemeinwirtschaftliche Leistungen») wird vehement bekämpft. Die Zuständigkeiten werden geklärt und die Sicherstellung der Versorgung erfolgt zunehmend von den Kantonsgrenzen losgelöst.
- › Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben. Der Bund legt die Rahmenbedingungen für eine sichere und einheitliche Dateninfrastruktur fest, definiert technische Standards und Transparenzanforderungen und garantiert Akteuren den Zugang und der Bevölkerung die Hoheit über ihre Daten. Gesundheitsdaten werden für Qualitätsverbesserungen genutzt und entsprechend erhoben. Das Thema Cyber Security im Gesundheitswesen wird sorgfältig angepackt.
- › 3.-Säule-Gelder können privilegiert für das individuelle Sparen für die Pflege im Alter verwendet werden.
- › Weg vom Numerus clausus: Die Zulassung zur medizinischen Ausbildung junger Menschen in der Schweiz wird neu geregelt.

Langfristige Forderungen

- › Verlassen des derzeitigen Systems, das zu sehr auf «Silodenken» ausgerichtet ist, und den Patienten/die Patientin wieder in den Mittelpunkt stellen. Ob eine Leistung von einem/r Arzt/Ärztin, Apotheker/in oder einer Pflegefachkraft erbracht wird, sollte nicht mehr die zentrale Frage sein. Die Qualität der Dienstleistungen bleibt kontrolliert und garantiert.
- › Einführung eines ergebnisbasierten Vergütungssystems. Dabei muss die Wirtschaftlichkeit der Vergütung bewiesen und gesteigert werden.



«Unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an.»

Andri Silberschmidt
Nationalrat

Nachgefragt bei Nationalrat Andri Silberschmidt

Wie gelang es, die Antworten aus der Mitgliederbefragung in griffige Forderungen und Ziele zu verpacken? Die Antworten zur Altersvorsorge waren relativ klar, weshalb es ein Einfaches war, daraus konkrete Forderungen abzuleiten. Etwas intensivere Diskussionen erforderten die Antworten zur Gesundheit: Es gab keine klaren Mehrheiten für oder gegen gewisse Reformen, was es erschwerte, konkrete Ziele zu formulieren. Der Arbeitsgruppe war es aber wichtig, die Altersvorsorge nachhaltig zu finanzieren und die Qualität unseres Gesundheitswesens zu erhalten. Am Ende gelang es uns, jeweils acht Forderungen zu formulieren, welche sowohl die Altersvorsorge als auch das Gesundheitswesen enkeltauglich machen sollen.

Reformen in der Altersvorsorge sind kaum umsetzbar. Wie können die Forderungen und Ziele der FDP einen Beitrag leisten? Anders als die linken Enteignungsträume – erst kürzlich meinte Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber in einem Streitgespräch mit mir, sie wolle das BVG in die AHV überführen – präsentiert die FDP realistische Reformvorschläge, welche unsere Altersvorsorge nachhaltig

sichern. Denn unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an und die systemfremde Umverteilung im BVG geht weiter.

Im Gesundheitswesen schmerzen insbesondere die Prämienkosten. Wie können die Forderungen der FDP diesem Problem entgegenwirken? Zentral ist die konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens diesbezüglich ist die Schweiz heute ein Entwicklungsland. Mit einer flächendeckenden und einheitlichen Dateninfrastruktur sollen sich die einzelnen Leistungserbringer digital vernetzen können, was die Effizienz steigern und die Kosten bei besserer Qualität senken soll.

Die Broschüre «Altersvorsorge & Gesundheit» bietet eine gute Übersicht über die FDP-Positionen. Wie können diese nun im Parlament umgesetzt werden?

Die Broschüre ist ein klarer Auftrag und enthält konkrete Forderungen, die nun durch uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier ins Parlament getragen werden müssen. Dort gilt es, breit abgestützte Vorstösse zu lancieren, Mehrheiten zu bilden und so das Ziel einer nachhaltig finanzierten Altersvorsorge sowie eines patientenorientierten Gesundheitssystems zu erreichen.

FDP-Präsidentin Petra Gössi spricht an der DV in Martigny zu den Delegierten.



«Persönliche Begegnungen waren mir am liebsten»

Petra Gössi blickt zurück

Am 2. Oktober wählen die Delegierten die Nachfolge von Parteipräsidentin Petra Gössi. Im Interview spricht sie über die Freuden und Entbehrungen des Amtes und weshalb die freisinnige Debattenkultur positiv ist.

Im April 2016 wurdest du zur FDP-Präsidentin gewählt. Mit welchen Erwartungen und Zielen hast du das Amt angetreten? Ich wollte gestalten und gemeinsam mit den Mitgliedern unsere Ziele erreichen. Wichtig war mir auch der rege Austausch mit der Basis, wobei ich viele Rückmeldungen erhielt. Wir konnten zweimal die Meinung der Basis in Befragungen abholen, was mir ein grosses Anliegen war. Ich wünsche mir auch, dass dieser Austausch weiter besteht. Meines Erachtens diskutieren wir wieder intensiver über Themen. Es

gab lebendige Delegiertenversammlungen mit Anträgen und Debatten. Das zeigte sich auch in der Umweltpolitik. Die Partei lebt von solchen Diskussionen.

Was konntest du nicht wie gewünscht umsetzen? Eine tragfähige Reform der Altersvorsorge liess sich bis jetzt leider nicht umsetzen. Aus meiner Sicht ist die Altersvorsorge eines der dringendsten Themen und ich freue mich, dass mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen und den Bestre-

bungen im Parlament die Thematik an Gewicht gewinnt. Ebenfalls etwas zu kurz gekommen, ist ein umfassendes Sicherheitspapier, auch im Hinblick auf die neuen Kampfflugzeuge. In diesen Fragen muss die FDP ihre Position wieder kerniger markieren.

Welche Aspekte des Amtes haben dich überrascht? Theoretisch weiss man um die zeitliche Beanspruchung, man spürt sie aber erst, wenn man mittendrin steckt. Die ständige Verfügbarkeit für die Medien nimmt viel Zeit in Anspruch. Diese Erfahrungen waren nicht überraschend, aber dennoch intensiv. Positiv überrascht hat mich die Energie, die man im Austausch mit den Leuten erhält. Die unzähligen Begegnungen fand ich super.

Durch Corona fielen diese weitgehend weg, was sehr schade war. Digitale Sitzungen funktionieren für Informationsvermittlung, aber nicht, um etwas voranzutreiben.

Was hat dich bei den vielen persönlichen Begegnungen besonders geprägt? Die Vielfalt der Schweiz zu erleben, war sehr bereichernd. Die vielen Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten. Ich habe festgestellt, dass alle Schweizerinnen und Schweizer extrem stolz auf ihren Herkunftsort sind, sei es im Jura, im Tessin oder in Appenzell-Ausserrhoden. Auch die vielen Bräuche, die ich kennenlernen durfte, waren spannend. All diese Treffen und Begegnung waren meine liebsten Aufgaben. Ich bedaure einzig, dass ich immer noch nie an einer Landsgemeinde war.

Das Amt als Parteipräsidentin ist hochintensiv, gleichzeitig gibt es für dich ein berufliches und privates Leben neben der Politik. Wie hat dieser Spagat funktioniert? Das ist eine reine Organisationsfrage. Aber man muss sich bewusst sein, dass wir in einem Milizsystem leben. Mir war es wichtig, dass ich meinen Lebensunterhalt nicht mit der Politik verdiene und meine Unabhängigkeit bewahre. Deshalb ist jetzt nach 5,5 Jahren die Zeit gekommen, das Amt weiterzugeben und mich neu auszurichten. Grundsätzlich ist es aber kein Spagat, wenn man die Dinge gerne tut und sich bewusst dafür entscheidet.

Du hast in den letzten fünf Jahren unzählige Sektionen besucht. Was für eine FDP hast du kennen gelernt? Unsere Parteimitglieder brennen für liberale Ideen und bringen sich gerne ein. Sie wollen abgeholt werden und mitreden. Das war überall deutlich zu spüren. Freisinnige übernehmen Verantwortung, erwarten dies aber auch von anderen. Bei vielen Anlässen fand ein spannender Austausch über Ideen und Visionen, aber auch Alltägliches statt.

Die FDP verfügt über eine ausgeprägte Diskussionskultur. Wie kann diese positiv genutzt werden? Die Medien berichten gerne über parteiinterne Uneinigheiten. Dies wäre nicht mehr möglich, wenn wir uns auf gemeinsame Regeln verständigen. Konkret, dass Mehrheitsentscheide akzeptiert werden. Im Vorfeld sollen und müssen Debatten stattfinden, das ist keinesfalls eine Schwäche. Ist ein Entscheid aber gefällt, soll er von allen respektiert werden. Schliesslich sind jeweils alle unsere Gremien in die Entscheidungsfindung involviert. Wichtig ist auch, dass unsere Exponenten Entscheide bis auf Stufe Ortsparteien hineinragen und unsere Argumente aufzeigen. Dies müssen wir noch verbessern.



Ist es für die FDP besonders herausfordernd die eigenen Positionen zu verkaufen? Wir vertreten keine Maximalforderungen und versuchen oft, Brücken zu schlagen. Das ist in der Öffentlichkeit schwieriger zu portieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiterhin auf unsere Kommunikationskanäle setzen, damit unsere Standpunkte bis zu allen Mitgliedern durchdringen. Diese Fähigkeit konnten wir in den letzten Jahren bereits stärken, sie lässt sich aber noch ausbauen.

Der Rücktrittsentscheid wurde insbesondere von zahlreichen Frauen bedauert. Hat dich das überrascht? So deutlich habe ich das nicht wahrgenommen. Aber es überrascht mich nicht, weil wir mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter und mir zwei bekannte Aushängeschilder haben. Frauen brauchen oft Vorbilder und fürchten vielleicht, dass in der FDP nun eine Vorbildfunktion wegfällt. Die FDP ist punkto Frauen aber gut aufgestellt. Wir haben mit Karin Keller-Sutter eine hervorragende Bundesrätin und mit Fanny Noghero eine Generalsekretärin. Das stärkste Signal ist jedoch, wenn Frauen selbstverständlich in Führungspositionen sind. Dann bringen wir auch vermehrt Frauen auf unsere Listen und in Gremien.

Was bedeutet ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin für die Positionen der FDP? Es ist klar, dass meine Nachfolge eine eigene Persönlichkeit mitbringt. Bezüglich der inhaltlichen Positionierung ist es nicht der Präsident oder die Präsidentin, die bestimmen, sondern die Delegierten. Diese

ändern nicht und haben die bisherigen Positionen gestützt. Ansonsten wären entsprechende Anträge bereits gekommen. Mir ist wichtig, dass das breite Themenspektrum der FDP bestehen bleibt. Unsere bewährten Kernkompetenzen zu pflegen, heisst nicht, andere Themen zu vernachlässigen.

Was wirst du vermissen? An vorderster Front mitgestalten und der ständige Kontakt mit unseren Mitgliedern.

Was nicht? Die ständige Verfügbarkeit für die Medien. Ich freue mich auf entspannte Wochenenden, an denen ich nicht erreichbar bin.

Am 2. Oktober wird deine Nachfolgerin oder dein Nachfolger gewählt. Welchen Rat gibst du ihr oder ihm? Authentisch und sich selbst bleiben. Sich mit Feuer für die Partei einsetzen und für eigene Überzeugungen kämpfen. Und natürlich eine dicke Haut haben, wenn die Medien Kritik üben. Wichtig ist auch, sich mit einem guten Team zu umgeben.

Was möchtest du der FDP-Familie zum Abschied auf den Weg geben? Jetzt haben wir noch zwei Jahre, um mit vollem Einsatz zu kämpfen. Dann können wir an den eidgenössischen Wahlen gewinnen. Dafür brauchen wir Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und gemeinsam für unsere Sache zu kämpfen. Wir haben es selbst in der Hand und können unsere Zukunft gestalten.

Interview: Marco Wölfli

Der Freisinn vom September 2001 atmet Zeitgeschichte.



Vor 20 Jahren waren Farbfotos noch deutlich weniger verbreitet.

Der Freisinn, der vor 20 Jahren erschien, befasste sich mit Steuerthemen, dem UNO-Beitritt und Basel. Ein Blick ins Archiv offenbart, was die Schweiz und die FDP damals bewegte.

Noch bevor islamistische Terroristen am 11. September 2001 die USA angriffen und die Welt erschütterten, erschien die September-Ausgabe des Schweizer Freisinns. Die Aufmacherstory war ein Text des damaligen Zürcher Nationalrats Rolf Hegetschweiler über die Grundstückgewinnsteuer. Mit präzisen Argumenten sezitiert er die Unsinnigkeit dieser Steuer und fordert deren Abschaffung. 20 Jahre später stellen wir fest, dass Hegetschweilers Bemühungen nicht gefruchtet haben. Die Grundstückgewinnsteuer ist auch heute noch in allen Kantonen in Kraft. Bedingte Ausnahme ist der Kanton Genf, wo die Grundstückgewinnsteuer entfällt, wenn zwischen Kauf und Verkauf eines Grundstücks 25 Jahre liegen. Erfolgreicher war das Engagement der FDP gegen die Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer». Der Freisinn blickte auf die DV in Herisau zurück, an der die Nein-Parole gefasst wurde. Die Abstimmung im Dezember 2001 wurde schliesslich mit 67% Nein-Stimmen klar gewonnen.

UNO und Basel-Stadt

Der Blick in den Freisinn vom September 2001 zeigt auch, was die Schweizer Politik damals bewegte. So zum Beispiel die Frage des UNO-Beitritts der Schweiz. Im Freisinn erläuterte der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer, weshalb ein UNO-Beitritt der Schweiz die Neutralität nicht verletzen würden. Auch in dieser Frage folgte die Schweizer Bevölkerung ein halbes Jahr später der Position der FDP und sagte Ja zum UNO-Beitritt der Schweiz.

Ein grosses Thema war auch Basel-Stadt und zwar gleich zweimal. Zum einen feierte Basel-Stadt im 2001 500-jährige Mitgliedschaft in der Eidgenossenschaft. Dazu verfasste der Basler Freisinnige Markus Grolimund eine Rückschau und erklärte, weshalb sich die neue Verfassung des Stadtkantons verspätet. Aus Sicht der Basler FDP noch fast wichtiger, war der «Beitritt» zum Schweizer Freisinn. Die Kantonalpartei entschied sich demnach aus ökonomischen und ökologischen

Gründen dafür, auf den Schweizer Freisinn zu setzen. Auch 20 Jahre später erscheint der Basler Freisinn immer noch mit einem kantonalen Teil und Inhalten aus dem Schweizer Freisinn. Wer durch den Freisinn aus dem September 2001 blättert, erkennt direkte Linien von damaligen politischen Diskussionen zu heute, wie beispielsweise der Mutterschaftsurlaub zu den aktuellen Elternzeit-Forderungen. Daneben gibt es auch Themen, die nahezu unverändert immer noch aktuell sind, sei es in der Schweizer Politlandschaft oder innerhalb der FDP.

Marco Wölfli

Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und lesen Sie die ganze Freisinn-Ausgabe vom September 2001.





Gewichtige Entscheide im Dauertakt

Vorschau auf die Herbstsession

Die Fülle an gewichtigen Geschäften in der Herbstsession zeigt den enormen Handlungsbedarf in diversen politischen Brennpunkten von der Vorsorge über die Klimapolitik bis zu diversen zentralen Entscheiden, die für den Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung sind. Die FDP-Liberale-Fraktion wird auch in dieser Session an vorderster Front dafür kämpfen, dass diese wichtigen Reformen zum Erfolg geführt werden.

Nach der ersten Beratungsrunde der AHV21 in beiden Räten, geht es nun in dieser Session an die dringliche Differenzbereinigung; denn die Zeit drängt. Zentral wird dabei sein, dass sich die bürgerlichen Parteien in beiden Räten auf eine gemeinsame Lösung für die Ausgleichsmassnahmen für die Angleichung des Frauenrentenalters einigen: Sie sollen vor allem Frauen mit tiefsten Einkommen zugute kommen, die finanziellen Verbesserungen der AHV-Umlagerechnung aber auch nicht gleich wieder zunichte machen.

Konstruktive Europapolitik

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen hat sich die europapolitische Ausgangslage für die Schweiz markant verändert. Um

für die Zukunft der bilateralen Beziehungen mit der EU eine positive Grundlage zu schaffen, will der Bundesrat rasch die Deblockierung des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrags (jährlich ca. 120 Mio. (nicht trennen) Franken, über zehn Jahre) an Projekte in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten vorantreiben. Darum soll in der Herbstsession die Vorlage im dringlichen Verfahren behandelt werden. Die FDP befürwortet diesen Ansatz. Die Freigabe ist die logische Weiterführung der von BR Cassis eingeleiteten, proaktiven Massnahmen, um den Beziehungen mit der EU neue, konstruktive Impulse zu geben.

Klimaschutz fortführen

Wie beim Rahmenabkommen steht die Schweiz

Die Herbstsession findet vom 13. September bis zum 1. Oktober statt.

auch bei der Klimapolitik vor einer neuen Ausgangslage, nachdem die Volksabstimmung zum neuen CO₂-Gesetz abgelehnt wurde. Dank der FDP konnte aber bereits rasch eine Übergangsgesetzgebung erarbeitet werden, die die heutigen, unbestrittenen Massnahmen weiterführt. Das ist zwingend, um eine Gesetzeslücke und umweltpolitische Rückschritte zu verhindern, und den Klimaschutz in der Schweiz fortzuführen.

Wirtschaftsfreundlichkeit ist gefragt

Ein ganzes Bündel an unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Reformen, die alle auf langjährige FDP-Forderungen zurückgehen, ist in beiden Räten in der Herbstsession traktandiert. Dieses umfasst u. a. die Abschaffung der Industriezölle, die Abschaffung einer weiteren Stempelabgabe und die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen. Ob diese Massnahmen für eine Reduktion der Abgabenlast und zugunsten eines attraktiven Unternehmensstandortes tatsächlich Mehrheiten finden, ist aber leider alles andere als klar. Umso mehr sind neben der FDP alle bürgerlichen Parteien gefordert, den wirtschaftspolitischen Tatbeweis zu liefern und die Rahmenbedingungen gerade im Wiederaufbau nach der Corona-Krise mit konkreten Massnahmen tatsächlich zu verbessern.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Abstimmung

Der Luzerner Ständerat Damian Müller engagiert sich gegen die 99%-Initiative.

Foto: Désirée Dittes



Die Jungsozialisten attackieren mit ihrer neuesten Initiative einmal mehr erfolgreiche Schweizer Firmen. Wir müssen diesem ideologisch motivierten Klassenkampf entschieden entgegentreten. Denn unsere KMU sind keine Abzocker, sondern sorgen für hochwertige Produkte und Dienstleistungen, bieten Arbeitsplätze und tätigen Investitionen.

Wieder einmal skandieren die Jungsozialisten (Juso) den Klassenkampf. Wieder einmal bedient sich die Linke der immer gleichen Klischees und behauptet keck, es sei doch genügend Geld da für ihre Begehrlichkeiten. Nur: Dieses Geld ist nicht einfach da, sondern es gehört jemandem. Wollen wir wirklich der Enteignung von privaten Vermögen und massiver staatlicher Umverteilung zustimmen? Bereits mehrere Male haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Ansinnen der Juso an der Urne eine Abfuhr erteilt. Doch das hält diese nicht von immer neuen Forderungen ab. Diesmal behaupten die Initianten, dass nur ein Prozent der Bevölkerung von ihren Begehrlichkeiten betroffen wäre. Das ist schlicht falsch: Auch Hauseigentümerinnen und -eigentümer, Kleinsparer, Landwirte sowie Start-ups und Unternehmer müssten nach dem Willen der Juso substanziell mehr Steuern bezahlen. Die Initiative verlangt nämlich, dass Kapitalerträge immer zu 100 Prozent als Einkommen zu versteuern sind. Wer eine Aktie mit etwas Gewinn verkauft, erzielt eine Erhöhung seines steuerbaren Einkommens. Wer das im grösseren Rahmen tut

und den Schwellenwert von 100 000 Franken erreicht, müsste auf jeden gewinnbringend erwirtschafteten Franken einen fiktiven Steuerbetrag in der Höhe von 50 Prozent zahlen.

Kapital wird bereits heute vierfach besteuert

Besonders unehrlich ist, dass die Initianten so tun, als würden solche Erträge nicht schon heute massiv besteuert. Es gibt in der Schweiz bereits eine vierfache Besteuerung von Kapital: Kapitalsteuern, Gewinnsteuern, Einkommensteuern auf Dividenden sowie die Vermögenssteuer. Das ist im Vergleich der Industrieländer eine überdurchschnittlich starke Besteuerung von Kapitaleinkommen. Vom sogenannten «Steuerdumping», von dem die Initiantinnen und Initianten ständig reden, also keine Spur.

Insbesondere KMU wären von der 99%-Initiative stark betroffen. Wer persönliches Vermögen in einem Betrieb gebunden hat, würde zur Kasse gebeten. Zusätzlich zur Vermögens- und Gewinnsteuer müssten dann auch Dividenden zu 100 Prozent oder gar 150 Prozent besteuert werden. Das

trifft alle Firmeninhaberinnen und -inhaber, die mehr als 10 Prozent am eigenen Betrieb halten. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Initianten sind dies aber nicht in erster Linie Menschen mit Milliardenunternehmen, sondern vorab KMU wie Präzisionswerkzeughersteller, Schreinereien oder Landwirtschaftsbetriebe. Wer erfolgreich wirtschaftet, müsste auf seine Dividenden statt 70 Prozent neu bis zu 150 Prozent Steuern zahlen. Dieses Geld fehlt dann logischerweise im Betrieb und schwächt die Innovationsfähigkeit empfindlich.

Zum Klumpenrisiko würde auch jede Betriebsübergabe. Die Nachfolgefrage in Familienunternehmen ist bereits heute ein Knackpunkt. Da jedes erfolgreiche Unternehmen im Laufe einer Generation an Wert gewinnt, würde die zusätzliche Besteuerung entweder weniger Erlös oder einen höheren Kaufbetrag bedeuten. Denn künftig würde die erzielte Wertsteigerung bis zu 150 Prozent als Einkommen besteuert. So ist diese Initiative höchst wirtschaftsfeindlich, weil sie den Kern des Unternehmertums angreift und die Substanz von Firmen schwächt. Die Initianten zielen angeblich nur auf das reichste ein Prozent ab – in Wahrheit würden aber alle zur Kasse gebeten, die erfolgreich wirtschaften. Deshalb ist es wichtig, am 26. September ein deutliches Zeichen gegen den Klassenkampf zu setzen und die Initiative zu versenken.

Damian Müller, Ständerat LU

Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach an der Delegiertenversammlung in Martigny auch über die Ehe für alle.
Foto: Désirée Dittes



«Es ist nicht am Staat, Sitten zu diktieren»

Justizministerin zur Ehe für alle

Bundesrätin Karin Keller-Sutter nennt im Interview mit dem Freisinn die Gründe für ein Ja am 26. September 2021 zur Vorlage Ehe für alle.

Die Zahl der Eheschliessungen in der Schweiz nimmt seit 2010 tendenziell ab. Wieso braucht es die Ehe für alle noch? Es waren in den 70er-Jahren auch schon weniger Hochzeiten. Interessant ist doch, dass diese Zahl in der Schweiz verhältnismässig stabil ist: Die Ehe bleibt populär, auch wenn wir heute auch andere Formen des Zusammenlebens kennen. Zwei Frauen oder zwei Männer können etwa eine eingetragene Partnerschaft eingehen. Diese ist der Ehe aber nicht gleichgestellt. Sie hat nicht die gleiche Symbolik und es bestehen nach wie vor auch rechtliche Unterschiede, etwa bei der Adoption von Kindern, beim Zugang zur Fortpflanzungsmedizin sowie bei der Einbürgerung.

Ist die Ehe für alle mit der Verfassung vereinbar? Die Frage ist legitim, weil es dazu unterschiedliche Meinungen gibt. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt: Gutachten wurden eingeholt und Experten angehört. Beide sind zum Schluss

gekommen, dass eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare keine Verfassungsänderung erfordert. Die Verfassung definiert die Ehe nicht als Verbindung zwischen Frau und Mann.

Viele sagen, ein Kind brauche Mutter und Vater. Mit der Ehe für alle wäre dies erstmals anders. Nein, das wäre nichts Neues. In der Schweiz werden 40 Prozent der Ehen geschieden. 20 Prozent der Kinder leben heute in nicht-klassischen Familien. Jedes siebte Kind wächst bei nur einem Elternteil auf. Bereits heute ist für Paare in eingetragener Partnerschaft die Stiefkindadoption möglich. Kinder brauchen zuallererst verlässliche Beziehungen zu Menschen, die sie begleiten und ihnen ein Umfeld bieten, in dem sie Liebe und Geborgenheit erfahren können.

Die Gegner monieren, dass die Ehe für alle der Zwischenschritt zur Zulassung der Eizellenspende und Leihmutterschaft ist. Stimmt das? Nein, es sind hier

keine weiteren Anpassungen vorgesehen. Die anonyme Samenspende und die Eizellenspende bleiben für alle Paare verboten, das Verbot der Leihmutterschaft steht sogar in der Verfassung. Damit haben alle Ehepaare, auch gleichgeschlechtliche, im Bereich der Fortpflanzungsmedizin die gleichen Rechte.

Mit der Öffnung der Samenspende wissen Kinder von zwei Frauen nicht mehr, wer der Vater ist. Kinder haben ein Recht zu wissen, wo sie herkommen, das ist sogar in der Verfassung verankert. Das ist mir sehr wichtig. Darauf hat auch der Bundesrat in den parlamentarischen Beratungen gepocht. Der Ständerat hat dann eine gute Lösung gefunden, die dieses Recht sicherstellt: Bei der gesetzlich geregelten Samenspende von verheirateten Frauenpaaren wird jede Spende registriert. Jedes Kind kann mit 18 Jahren Einsicht in dieses Register verlangen. Anonyme Samenspenden bleiben in der Schweiz hingegen zu Recht verboten.

Die Schweiz gehört in Westeuropa zu den letzten Ländern, die die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnet. Wie kommt das? Ich bin der liberalen Überzeugung, dass der Wandel aus der Gesellschaft kommen muss. Wenn der Wandel reif ist, dann folgt die staatliche Gesetzgebung. Es ist nicht am Staat, Verhaltensweisen und Sitten zu diktieren. Die Forderung nach der Ehe für alle ist in der Gesellschaft gewachsen. Wir sehen, dass sie in dieser Frage heute viel offener ist als noch vor einigen Jahren.

Weshalb ist die Ehe für alle ein typisch freisinniges Anliegen? Am Ende ist die zivile Ehe ein Vertrag zwischen zwei Menschen, die sich lieben. Der Staat soll private Beziehungen nicht werten und den Menschen also auch nicht vorschreiben, wie sie ihr Paar- und Familienleben zu gestalten haben. Es gibt keinen Grund, diesen Vertrag nicht allen anzubieten. Der Staat lässt damit allen die Wahlfreiheit. Für die Ehe zwischen Frau und Mann ändert sich zudem nichts, es entsteht niemandem ein Nachteil. Ich finde, das ist eine liberale Kernforderung.

Sie sind seit 32 Jahren verheiratet. Würden Sie im Fall eines Ja zur Ehe für alle gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat empfehlen? Es ist nicht an mir als Bundesrätin, Ratschläge in Ehefragen zu erteilen, und schon gar nicht als Liberale (lacht). Jedes Paar soll die Form des Zusammenlebens selbst bestimmen. Ich kann nur für mich selbst reden: Die Heirat war für mich nie einfach eine juristische Sache, sondern eine Liebesheirat. Mir war auch die Symbolik wichtig.

Interview: Mario Epp

«Wenn der gesellschaftliche Wandel reif ist, folgt die staatliche Gesetzgebung.»

Der Neubau von Lehner Versand wird nächstes Jahr fertiggestellt.



Die Fotovoltaik-Anlage produziert Strom für 54 Haushalte.



Thomas Meier ist Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand.



Lehner Versand verschickt rund 1 Mio. Pakete pro Jahr.

Thomas Meier führt das Handelsunternehmen Lehner Versand und politisiert für die FDP im Luzerner Kantonsrat. Er setzt auf nachhaltige Lösungen, die auf Freiwilligkeit beruhen.

Onlinehändler gehörten in den letzten Monaten zu den grossen Gewinnern. Aufgrund geschlossener Läden und Grenzen boomte der Einkauf im Internet. Davon profitieren nicht nur grosse Anbieter, sondern auch kleinere Händler wie beispielsweise Lehner Versand. Wobei das Familienunternehmen mit Sitz im luzernischen Schenkon als Omnichannel-Anbieter fungiert und auch über neun stationäre Läden in der ganzen Schweiz verfügt. Thomas Meier ist seit zwölf Jahren Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand und hat das Unternehmen seither deutlich vergrössert. Mittlerweile verschickt das Unternehmen rund 1 Mio. Pakete von seinem Verteilzentrum in Schenkon in die ganze Schweiz. Zum Angebot gehören insbesondere Kleider, Bettwaren und Haushaltartikel. Die 320 Mitarbeiter erwirtschaften mittlerweile rund 100 Mio. Umsatz, und Lehner Versand hat noch Grosses vor.

Neubau bald in Betrieb

Derzeit entsteht auf dem Areal entlang der Autobahn A2 ein 30 Meter hohes Hochregallager, das das Wachstum auffangen soll. Der Neubau, der nächstes Jahr in Betrieb gehen soll, besticht nicht nur durch seine Grösse, sondern auch durch eine

einzigartige Fassade aus Fotovoltaik-Panels. Eine solche Installation gibt es bisher in der Schweiz nicht und unterstreicht die Ambitionen von Lehner Versand, Ökonomie und Ökologie zu kombinieren. Thomas Meier setzt seit langem auf Innovationen, die sein Unternehmen nachhaltiger machen, wobei die Massnahmen sinnvoll sein müssen. «Wir rechnen alles durch und setzen es um, wenn es sich lohnt», so Meier. Bereits auf dem aktuellen Gebäude verfügt Lehner Versand über eine Photovoltaik-Anlage, die Strom für 54 Haushalte produziert. Auch bei der Mobilität setzt Lehner Versand auf umweltfreundliche Lösungen. Auf der letzten Meile werden die Pakete mit Elektrofahrzeugen transportiert. Zudem steht am Hauptsitz in Schenkon für Kunden und Mitarbeiter eine E-Tankstelle zur Verfügung. Bei deren Installation war sie die erste E-Tankstelle in der Zentralschweiz. Geheizt werden die Gebäude von Lehner Versand mit einer Grundwasserpumpe, womit sich das Unternehmen den jährlichen Einkauf von 40 000 Litern Heizöl sparte.

Nachhaltigkeit durch das Steuergesetz

Für Meier sind umweltfreundliche Massnahmen sinnvoll, wenn sie auf Freiwilligkeit basieren und

einen konkreten Nutzen bringen. Diese Haltung vertritt er auch im Luzerner Kantonsrat, wo er seit gut zwei Jahren für die FDP politisiert. Im Kantonsparlament hat er sich auf Vorstösse in den Bereichen Ökologie und Nachhaltigkeit spezialisiert. Für Meier bietet zum Beispiel das Steuerrecht Möglichkeiten für ökologische Massnahmen. So kann heute eine Wärmedämmung eines Gebäudes nur zu 50% von den Steuern abgezogen werden, ein herkömmlicher Pinselanstrich dagegen zu 100%. Ebenfalls setzt sich Meier dafür ein, dass bei der Nutzung von Grundwasser zu thermischen Zwecken keine Konzessionsgebühren mehr anfallen. Damit sollen Anreize zum Umstieg von Ölheizungen zu umweltfreundlichen Heizsystemen geschaffen werden. Der Luzerner Unternehmer wird sich auch künftig bei Lehner Versand und in der Politik für nachhaltige Lösungen einsetzen und damit aufzeigen, dass wirtschaftliches Handeln nicht im Widerspruch zu Umweltfreundlichkeit stehen muss.

Marco Wölfli

Der lange Kampf für die Ehe für alle steht kurz vor dem Ziel.



Gleiche Rechte für alle!

«Love is liberal»

Wir stehen vor einer historischen Entscheidung: Am 26. September stimmt das Volk über die Ehe für alle ab. Die Gegner wollen, dass die Ehe Mann und Frau vorbehalten bleibt. Die Befürworter fordern die Abschaffung der Diskriminierung.

Kritiker der gleichgeschlechtlichen Ehe argumentieren, dass die Ehe als Union zwischen Mann und Frau definiert ist. Dies zu ändern, würde der Natur widersprechen und sowohl die Institution Ehe als auch deren Rolle in der Gesellschaft untergraben. Eine Legalisierung würde die Fortpflanzung als zentrale Aufgabe der Ehe ignorieren. Dabei gibt es gewichtige Gründe, die für die Vorlage sprechen.

Gleichberechtigung

Befürworter argumentieren, dass Gleichberechtigung auch wirklich Gleichberechtigung bedeuten muss. Eine zivilisierte Gesellschaft diskriminiert nicht aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder Sexualität und die Aberkennung des Rechts zu heiraten, ist eindeutig Diskriminierung. Schwule und heterosexuelle Paare verdienen beide die Rechte, die mit einer Ehe verbunden sind – beispielsweise in Bezug auf Steuern, Eigentum, Erbe

und Adoption. Egal wie man es ausdrückt, die Ablehnung von gleichen Rechten für Schwule und Lesben ist Homophobie.

Die Ehe funktioniert

Die Ehe ist eine erfolgreiche Institution und es macht Sinn, sie für so viele wie möglich zu erlauben. Seit dem Beginn der Geschichte, haben sich Paare in Liebe durch die Ehe miteinander verbunden. Diese Möglichkeit auf alle zu übertragen, wird unsere Gesellschaft weiter stärken. Eine Legalisierung ist nur die Anerkennung der Realität: Es gibt homosexuelle Menschen, die sich lieben und die sich einander verschreiben wollen, genauso wie heterosexuelle Menschen.

Wahlfreiheit

Der Staat sollte nichts darin zu sagen haben, wie erwachsene Menschen ihr Leben führen wollen.

Wenn zwei Menschen sich lieben und heiraten möchten, dann sollte ihnen das erlaubt sein, egal welche Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Geschlecht sie haben. Liebe und Ehe sollte eine rein persönliche Wahl sein. Wenn sich Regierungen in die Privatangelegenheiten der Menschen einmischen, vorschreiben wen sie heiraten können, dann sind individuelle Freiheiten in Gefahr, und das kann gefährliche Auswirkungen haben.

Das Schweizer Parlament hat am 18. Dezember 2020 mit grosser Mehrheit entschieden, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden soll.

Diese Gesetzesänderung – die «Ehe für alle» – ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung von homo- und bisexuellen Paaren mit heterosexuellen Paaren in der Schweiz. Es ist höchste Zeit, dem gesellschaftlichen Wandel Taten folgen zu lassen. Wir kämpfen für ein Ja zur Liebe am 26. September! Hilfst du uns dabei?

Arbela Statovci
Co-Präsidentin FDP Wallisellen

Philipp Gasser (rechts) mit Sven Marti, Wahlkampf- und Netzwerkleiter an der DV in Martigny.
Foto: Désirée Dittes



Einsiedler im «People's Business» Politik

Gelebte Eigenverantwortung im FDP-Praktikum

Im Oktober 2020 trat Philipp Gasser sein Praktikum bei der FDP. Die Liberalen im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» an. Mitte September endet es nun nach knapp einem Jahr. Ein Rückblick über seinen Weg zum Generalsekretariat der Partei, die vielfältigen Tätigkeiten, den Teamspirit und was die Werte der FDP damit zu tun haben.

Die Faszination und Freude an der (Schweizer) Politik fand ich vergleichsweise spät. War ich doch an der Stiftsschule Einsiedeln mit Latein und Biochemie gut bedient. Aber nach der Matura sah ich mich weder als Lehrer in einem Schulzimmer noch als Forscher in einem Labor stehen – zu statisch und «langweilig» erschien mir diese Vorstellung. Meine Interessen galten einem dynamischen und interdisziplinären Beruf, der Tagesaktualitäten berücksichtigt und manchmal auch Unvorhersehbares beinhaltet. Darum entschloss ich mich schlussendlich für ein Studium der Kommunikationswissenschaften und Politologie an der Universität Zürich. Parallel entwickelte sich mein Interesse für die FDP. Je mehr ich in Diskussionen über Parteien und Positionen verstrickt wurde, desto mehr fühlte ich mich zu den Freisinnigen

hingezogen. So lag es nahe, dass ich mich für ein Praktikum im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» entschieden habe.

Freiheit, Eigenverantwortung, Corona

In einem Beruf, bei dem die Zusammenarbeit mit anderen Menschen elementar ist, ist der Einstieg während der Corona-Pandemie – wo viele im Homeoffice verweilen – kompliziert. Einige Gesichter sah man erst nach Wochen persönlich und nicht mehr über den Bildschirm. Die erschwerte Situation änderte jedoch nichts an der Offenheit und Freundlichkeit, die mir entgegengebracht wurden.

Neben Unterstützung erhielt man auch Freiheiten und Eigenverantwortung, was die Selbst-

ständigkeit zusätzlich förderte. Bereits nach kurzer Zeit organisierte ich digitale Stammtische, verfasste Newsletter und Infomails oder arbeitete mit den Kantonalparteien bei den unterschiedlichsten Projekten zusammen. Stets mit der Freiheit, eigene Ideen und Prägungen einzubringen.

Die fortschrittliche blaue Linie

Meine spannendsten Tätigkeiten kamen mit der Lancierung der Plattform Blueprints.ch. Auf der Plattform für freisinnige Umweltpolitik, werden Vorstösse, Aktionen und Videos von Freisinnigen über alle föderalen Ebenen gesammelt und als Ideenpool genutzt. Ich befasste mich mit dem Design und der Nutzerfreundlichkeit der Website, der Kommunikation mit den Kantonal- und Ortsparteien, besuchte KMU in der ganzen Schweiz und recherchierte im Bundesarchiv. Das Highlight war die Planung und Durchführung eines Videoprojekts mit den nationalen Parlamentariern über mehrere Tage im Bundeshaus. Spätestens jetzt wusste ich, wie umfangreich und interdisziplinär die politische Arbeit ist. Der persönliche (Lern-) Fortschritt, welchen ich aus diesen Arbeiten ziehen konnte, war enorm.

Die gemeinsinnige Familie

Interdisziplinär arbeiten erfordert gezwungenermassen die Zusammenarbeit mit den anderen Teams im Generalsekretariat. Was nach einem potenziellen Brandherd klingt, war und ist immer noch das, was ich am meisten schätzen gelernt habe: die Zusammenarbeit, der Teamspirit, der Gemeinsinn. Man wird nicht als «der Praktikant» abgestempelt, sondern begegnet sich von Beginn an auf Augenhöhe und eigene Inputs und Ideen werden aufmerksam angehört. Nach einem strengen und hektischen Politalltag kommt auch der Spass und das Zwischenmenschliche nicht zu kurz.

Jetzt geht es erst richtig los

Freiheit, Fortschritt, Gemeinsinn – dies sind die drei freisinnigen und liberalen Werte der FDP. Dass diese nicht nur leere Worthülsen sind, sondern gelebt werden, das habe ich in meiner Zeit als Praktikant im Generalsekretariat erkannt. Und auch wenn mein Praktikum vorbei ist, bleibe ich der FDP erhalten. Ich habe meine Chance gepackt und beginne ab Mitte September meine Festanstellung als Campaigner und Mitarbeiter im Team Wahlkampf.

Philipp Gasser

Wir suchen regelmässig neue Talente für das Generalsekretariat. Unter www.fdp.ch/aktuell/stellenangebote finden Sie die aktuell ausgeschriebenen Stellen.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Volksinitiative «Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)**



JA

Ehe für alle

AGENDA

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Biel

Einladung zum Fachreferat

«Die nationale Sicherheit der Schweiz
in einer instabilen Welt»



Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D.,
ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

-> **Donnerstag, 14. Oktober 2021, in Bern**
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15,
3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben:
Kasernenstrasse 27), oder
per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern
bis Breitenrain, dann 300 m
zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühle-
strasse bis zur Kaserne.

-> **Donnerstag, 21. Oktober 2021, in Zürich**
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben dem Hotel Glockenhof), Sihl-
strasse 33, 8001 Zürich

-> **Beginn jeweils:**
18.45 Uhr Apéro
19.30 Uhr Referat
Keine Anmeldung notwendig.

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare
Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte
Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und
Verantwortung» in den Grössen M und L
bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die
französische Beschriftung «Libre et Respon-
sable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Ver-
sandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/
shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit
der Handykamera scannen.



Nichts verpassen!

Melden Sie sich jetzt bei unserem Threema Broadcast an.



**ACHTUNG BÖSE
ÜBERRASCHUNG!**



FDP
Die Liberalen

NEIN
ZUR STEUER-
INITIATIVE

zukunft-sichern.ch